

Protokoll

über den öffentlichen Teil der Sitzung des Kreistages am Donnerstag, 5. Mai 2022 im Großer Sitzungssaal, Bischof-Janssen-Str. 31, Hildesheim

Anwesend: Landrat Bernd Lynack sowie

Mitglieder der SPD-Fraktion

Arlt, Andreas
Bellgardt, Heike
Bötjer, Pia
Brinkmann, Bernhard
Dubil, Andrea
Ehrig, Marc
Flohr, Simone
Friedemann, Waltraud
Gabel, Friedhelm
Hauk, Martin
Hillberg, Antonia
Hodur, Karl-Heinz
Homeister, Egbert
Kubat, Pascal
Preissner, Werner
Prell, Andrea
Schmidt, Siegfried
Siekiera, Iris
Sundermeyer, Tobias
Witt, Evelyn

Mitglieder der CDU-Fraktion

Bertram, Ute
Bettels, Dirk
Bosse-Arbogast, Michael
Dr. Bruns, Thomas
Ceglarek, André
Flegel, Bernhard
Gerhardy, Clemens
Grabow, Thomas
Herbst, Ramon
Dr. Janzen, constantin
Koschorrek, Andreas
Lüder, Justus
Machtens, Heinrich
Prior, Friedhelm
Renner-Köhne, Katy
Schiedeck, Carsten
Sprengler, Katharina
Teltemann, Josef

Mitglieder Fraktion BÜNDNIS 90/

DIE GRÜNEN

Diefenbach, Peter

Domning, Ekkehard

Ellerhoff, Johanna

Lipecki, Nina

Ludäscher, Caroline

Pach, Sabrina

Schröter-Mallohn, Holger

Dr. Schütte, Holger

Dr. Weber, Susanne

Zürner, René

AfD-Fraktion

Esse, Manfred

Grugelke, Claus

Meyer, Hans Martin

Die Partei

Hirbod, Hamun

Fraktion Die Unabhängigen

Offen, Klaus

Schulz, Wolfgang

Stuke, Josef

GUT für Sarstedt

Warneke, Dirk

FDP-Fraktion

Dr. Fell, Bernd
Dr. Jacobs, Henrik
Lege, Christian

Fraktion DIE LINKE.

Sturm, Joachim
Walla, Fabian

Fraktionsgeschäftsführerinnen/Fraktionsgeschäftsführer

SPD-Fraktion	-	Frank Hasse
CDU-Fraktion	-	Christin Becker
AfD-Fraktion	-	Norbert Hüter
Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	-	Klaus Schäfer
Die Unabhängigen	-	Anja Wucherpfennig
FDP-Fraktion	-	Melanie Partyka
Fraktion DIE LINKE.	-	Walla, Fabian

von der Verwaltung:

Evelin Wißmann	-	Erste Kreisrätin Leitung Dezernat 2
Klaus Rosemann	-	Leitung Dezernat 1
Walter Hansen	-	Kreisrat Leitung Dezernat 3
Benjamin Knollmann	-	Leitung Dezernat 4

Katina Bruns - Gleichstellungsbeauftragte
Ulrich Voß - stellv. Leitung 910
Birgit Wilken - Pressestelle
Tanja Zimmermann - 904, Kreistagsbüro
Martina Schußmann - 904, Protokollführung

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 20:25 Uhr

Tagesordnung

I. Öffentliche Sitzung

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls
3. Einwohnerfragestunde
4. Aktuelle Stunde
5. Hilfe für Menschen aus der Ukraine
 - Antrag der Gruppe vom 28.02.2022
 - Antrag 57/XIX
- 5.1. Hilfe für die Menschen der Ukraine -
 - Antrag der CDU-Fraktion vom 02.05.2022
 - Antrag 113/XIX
6. Corona-Situation im Landkreis Hildesheim
- 6.1. Überwiegende Einstellung der Kontaktnachverfolgung des Gesundheitsamtes des Landkreises Hildesheim
 - Antrag der Unabhängigen und der FDP vom 10.04.2022
 - Antrag 97/XIX

- 6.2. Einstellung der Kontaktnachverfolgung des Gesundheitsamtes des Landkreises Hildesheim -
Antrag der CDU-, Die Unabhängigen- und FDP-Fraktion vom 26.04.2022
- Antrag 108/XIX
- 6.3. Einstellung der pauschalen und massenhaften Versendung von Quarantänebescheiden und
Genesenennachweisen -
Antrag der FDP-Fraktion und der Fraktion Die Unabhängigen vom 02.05.2022
- Antrag 111/XIX
7. Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlicher Sitzung des Kreistages
8. Bericht über wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses
9. Aufsichtsrat der Volkshochschule Hildesheim gGmbH
- Vorlage 166/XIX
10. Besetzung der Niedersächsischen Landgesellschaft GmbH
- Vorlage 184/XIX
11. Anwendbarkeit des § 182 NKomVG - Teilnahme an Sitzungen per Videokonferenz
- Vorlage 183/XIX
- 11.1. Änderungsantrag zu TOP 11 (Vorlage 183/XIX) der heutigen Sitzung des Kreistages-
Antrag der CDU-Fraktion vom 05.05.2022
- Antrag 116/XIX
12. Antrag zum § 2 der Satzung über die Entschädigung der Kreistagsabgeordneten und weiterer
Ausschussmitglieder des Landkreises Hildesheim -
Antrag der Gruppe vom 17.02.22
- Antrag 49/XIX

13. Fraktionszuwendungen
 - 13.1. Zuwendungen an die Fraktionen nach § 57 Abs. 3 NKomVG
 - Antrag der CDU-Fraktion vom 13.01.2022
 - Antrag 30/XIX
 - 13.2. Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen an die Fraktionen des Kreistages des Landkreises Hildesheim
 - Vorlage 100/XIX
 - 13.3. Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen an die Fraktionen des Kreistages des Landkreises Hildesheim (zuletzt geändert durch Beschluss des Kreistages vom 09.12.2021); Bezug: Unser Antrag vom 12.01.2022
 - Antrag der CDU-Fraktion vom 16.02.2022
 - Antrag 48/XIX
 - 13.4. Richtlinie über die Gewährungen von Zuwendungen an die Fraktionen des Kreistages des Landkreises Hildesheim
 - Antrag der CDU-Fraktion vom 14.04.2022
 - Antrag 98/XIX
 - 13.5. Richtlinie über die Zuwendungen an die Fraktionen
 - Antrag der CDU-Fraktion vom 22.04.2022
 - Antrag 104/XIX
14. Regionales Entwicklungskonzept: Jahresbericht 2021
 - Vorlage 176/XIX
15. Teilnahme des Landkreises am Papieratlas
 - Antrag der Gruppe vom 30.03.2022
 - Antrag 91/XIX

16. Antrags- und Beschlusscontrolling 3. Bericht aus der WP XVIII -öffentl. Teil-
- Vorlage 165/XIX
17. Pflegekonferenzen des Landkreises Hildesheim
- Vorlage 120/XIX
- 17.1. Örtliche Pflegekonferenz im Landkreis Hildesheim: Erhöhung der Sitze der Politik -
Antrag der Gruppe vom 29.04.2022
- Antrag 110/XIX
18. Volkshochschule Hildesheim Schulungsräume Sarstedt -
Antrag der CDU-Fraktion vom 21.02.2022
- Antrag 51/XIX
19. Bildungsregion Hildesheim
- Antrag 81/XIX
20. Planung berufsbildende Schulen; Walter-Gropius-Schule, Herman-Nohl-Schule und Werner-von-Siemens-Schule -
Antrag der CDU-Fraktion
- Antrag 45/XIX
21. Fortführung des Projektes Pro-Aktiv-Center (PACe) Hildesheim über den 30.06.2022 hinaus
- Vorlage 92/XIX
22. ÖPNV und Schülerbeförderung, Vergünstigte Beförderung von Schülerinnen und Schülern und Auszubildenden für 25 € im Monat-
Antrag der CDU-Fraktion vom 08.03.2022
- Antrag 74/XIX

- 22.1. ÖPNV und Schülerbeförderung, Vergünstigte Beförderung von Schülerinnen und Schülern und Auszubildenden für 25 € im Monat -
Antrag der CDU-Fraktion von 11.03.2022
- Antrag 76/XIX
- 22.2. ÖPNV und Schülerbeförderung, Vergünstigte Beförderung von Schüler*innen und Auszubildenden für 25 € im Monat, Satzung über die Schülerbeförderung im Landkreis Hildesheim, 9-Euro-Ticket -
Antrag der CDU-Fraktion vom 05.04.2022
- Antrag 94/XIX
- 22.3. ÖPNV und Schülerbeförderung, Vergünstigte Beförderung von Schüler*innen und Auszubildenden für 25 € im Monat, Satzung über die Schülerbeförderung im Landkreis Hildesheim, 9-Euro-Ticket -
Antrag der CDU-Fraktion vom 05.05.2022
- Antrag 114/XIX
23. Vergünstigte Beförderung von Schülerinnen und Schülern und Auszubildenden -
Antrag der CDU-Fraktion vom 24.02.2022
- Antrag 54/XIX
24. Energiemonitoring
- Antrag der Gruppe vom 08.04.2022
- Antrag 96/XIX
25. 30 km/h-Zonen vor Schulen, Kitas, Pflegeheimen und Krankenhäusern -
Antrag der FDP und Die Unabhängigen vom 04.04.2022
- Antrag 93/XIX
26. Umwidmung bewilligter Mittel für das Bildungsbüro
- Vorlage 187/XIX
27. Zweckverband Abfallwirtschaft Hildesheim;

Verbandsversammlung

- Vorlage 189/XIX

28. Verpflichtung von nachrückenden Ersatzpersonen gem. § 60 NKomVG

- Vorlage 190/XIX

29. Mitteilungen der Verwaltung

30. Anfragen

Ergebnis der Sitzung:

TOP 1:

Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Der Vorsitzende KTA Brinkmann begrüßt alle Anwesende im Saal und an den Bildschirmen. KTA Brinkmann erinnert an die am 23.04.2022 verstorbene KTA Andrea Dubil und es folgt eine Schweigeminute.

LR Lynack ehrt zu ihren runden Geburtstagen folgende KTA`s und übergibt ein kleines Präsent:

KTA Heike Bellgardt 12.04.2022

KTA Ekkehard Domning 07.04.2022

KTA Siegfried Schmidt 29.04.2022

LR Lynack gratuliert dem KTA Schröter-Mallohn zum heutigen Geburtstag und wünscht für die Zukunft alles Gute und überreicht ein kleines Präsent.

KTA Brinkmann stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

KTA Preissner zieht für die Gruppe die TOP`s 12 und 15 zurück.

KTA Prior zieht für die CDU-Fraktion die TOP`s 13 und 23 zurück.

KTA Stuke zieht für die Fraktion Die Unabhängigen den TOP 6.1 zurück.

KTA Brinkmann wiederholt die zurückgezogenen TOP`s und stellt die vorstehende Tagesordnung fest.

TOP 2:

Genehmigung des Protokolls

- einstimmig beschlossen -

TOP 3:

Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Fragen von Einwohnern vor.

TOP 4:

Aktuelle Stunde

Eine Aktuelle Stunde wurde nicht beantragt.

TOP 5:

Hilfe für Menschen aus der Ukraine

- Antrag der Gruppe vom 28.02.2022

- Antrag 57/XIX

LR Lynack informiert über die aktuelle Lage und die getroffenen Maßnahmen. So hat das Land Niedersachsen mit dem Datum vom 14.04.22 die Verteilquote und Verteilung von Ausländer*innen auf die Kommunen in einem Erlass festgelegt und dabei deutlich erhöht. Für den Landkreis Hildesheim 2876 Personen (zuvor 510) und für die Stadt Hildesheim 1689 Personen (zuvor 297). Hiervon wurden bereits nach AsylbLG, abseits von Ukrainer*innen, für den Landkreis Hildesheim 214 Personen und für die Stadt Hildesheim 183 Personen erfüllt. Ukrainer und Ukrainerinnen (Stand 27.04.2022) sind im Landkreis Hildesheim 1223 Personen (plus ca. 150 Menschen, die noch nicht erfasst sind) und in der Stadt Hildesheim 992 Personen (plus ca. 50 Menschen, die noch nicht erfasst sind). Dies entspricht einer Quote im LK Hildesheim von rund 49,96 % und in der Stadt Hildesheim von rund 69,57%. Um die aktuelle Quote zu erreichen, muss der Landkreis weitere 1439 Personen aufnehmen. Die Stadt Hildesheim muss weitere 514 Personen aufnehmen (ohne Berücksichtigung der noch nicht erfassten Personen).

Zu Ankunft und Anzahl der geflüchteten Menschen erklärt LR Lynack, dass seit Anfang März die ersten geflüchteten Menschen aus der Ukraine im LK Hildesheim eintreffen. Hierbei handelt es sich um Personen, die auf private Initiative einreisen. Seit dem 15.03.2022 kommen die ersten geflüchteten Ukrainer*innen im Kreisgebiet an, die dem LK Hildesheim über die Landesaufnahmebehörde Niedersachsen zugewiesen wurden. Mit Stand vom 27.04.2022 beträgt die Gesamtzahl der Geflüchteten im LK Hildesheim (inkl. Stadtgebiet Hildesheim) 2.262 Personen. Davon sind 2.159 Personen ausländerrechtlich registriert.

Zur Registrierung erläutert LR Lynack, dass die gegenwertige Wartezeit für einen Registrierungstermin bei der Ausländerbehörde ca. 4 Wochen beträgt. Da die Bugwelle überwunden ist, wird sich die Wartezeit aber reduzieren.

LR Lynack führt weiterhin zu den Unterkünften aus, dass für die Aufnahme der ersten Flüchtlinge (ab 15.03.22) kurzfristig die Sporthalle des Gymnasiums Sarstedt als Notunterkunft eingerichtet worden ist. Diese hat eine Kapazität von 62 Plätzen. Ab dem 22.03.22 steht ebenfalls die Sporthalle der BBS Alfeld als Notunterkunft mit 60 Plätzen zur Verfügung. Neben den Notunterkünften sind nach aktuellem Stand fünf Großunterkünfte (Hotels) angemietet, die eine Gesamtkapazität von 290 Plätzen haben. Da weitere Flüchtlinge aus der Ukraine zu erwarten sind, steht der LK Hildesheim weiterhin in Verhandlungen zur Anmietung zusätzlicher Großunterkünfte. Gegenwärtig hat der LK Hildesheim etwa 80 Wohnungen angemietet.

Zu Informationen und der Öffentlichkeitsarbeit erläutert LR Lynack, dass der LK Hildesheim ein Online-Erfassungstool einrichtet, um Hilfs- und Wohnraumangebote zu bündeln und bedarfsgerecht zu vermitteln. Die Freischaltung erfolgte bereits am 04.03.2022. Das Tool ist eingebettet auf einer Sonderseite „Ukraine“ auf der Landkreis-Website.

Von rund 500 Wohnangeboten, die über das Tool bislang eingegangen sind, wurden bis dato rund 350 gesichtet. Von ca. 80 von ihnen wurden Mietverträge abgeschlossen. Rund 200 sind aus unterschiedlichen Gründen (Mieten, Baumängel, schon belegt, kurzfristige Angebote, Zimmervermietung im eigenen Wohnraum etc.) nicht dauerhaft angemessen. Die anderen Objekte sind in Bearbeitung. Hiervon können rund 50 zum Abschluss geführt werden.

Um das Antragsverfahren nach dem AsylbLG zu beschleunigen, stellt der LK Hildesheim auf seiner Website entsprechende Formulare mit einer Ausfüllhilfe in ukrainischer Sprache zur Verfügung. Parallel werden weitere wichtige Informationen für Flüchtlinge aus der Ukraine auf der Landkreis-Website bereitgestellt. Von der Terminvergabe bei der Ausländerbehörde über Hilfsangebote bis hin zu Kindergarten und Schule. Die zentralen Dokumente und Hinweise sind in die ukrainische Sprache übersetzt. Seit der Ukraine Krise gibt der LK Hildesheim Pressemitteilungen mit allen zentralen Informationen heraus, parallel Posts über die kreiseigenen Social Media-Kanäle.

LR Lynack erläutert, dass mit Beginn der Ukraine Krise unverzüglich ein interner Krisenstab eingerichtet wurde (dieser wird ab 23.03.22 durch die BAO mit dem ebenfalls vertretenen Jobcenter ersetzt). Seit dem 23.03.22 tagt der BAO-Stab Ukraine Krise wöchentlich (u. a. mit Vertreter*innen der Stadt Hildesheim und Jobcenter). Eine HVB-Runde tagt seit dem 25.03.22 zur Ukraine Krise.

Ebenfalls ist jetzt klar, dass ein Übergang vom Rechtskreis AsylbLG zum Rechtskreis SGB II ab dem 01.06.22 stattfindet. Momentan besteht eine unklare Rechtslage und das Problem der Kostenübernahme für die Unterkunft. Hier spielen die Kosten zur Vorhaltung von Unterkünften eine große Rolle. Ab dem 01.06.22 mietet der Landkreis keine Wohnungen mehr für Flüchtlinge aus der Ukraine an, weil das SGB II dies nicht vorsieht. Hier sind die Leistungsempfänger*innen selbst diejenigen, die den Wohnraum anmieten müssen. Ein Vertrag zwischen dem Landkreis, den Kommunen und dem Jobcenter ist in Vorbereitung, in dem der Landkreis zu den Kosten der Unterkunft eine Regelung mit dem Jobcenter finden kann. Zur Zeit prüft diesen das MI noch. Mitarbeitende des Jobcenters haben mit Beginn dieser Woche Büros im Kreishaus bezogen und arbeiten mit dem Amt 913 Migration zum Rechtskreiswechsel zusammen.

KTA Teltemann dankt LR Lynack für seine Ausführungen. Er weist auf folgende Problemstellungen hin. 1. Ist den Geflüchteten überhaupt der Rechtskreiswechsel bekannt? 2. Bei den Geflüchteten bestehen große Ängste dahingehend, was passiert mit uns nach dem 31.05.22? 3. Kann die VHS die große Zahl der benötigten Sprachkurse anbieten? 4. Zu welchen Kürzungen kommt es durch das Job-Center bei Arbeitsaufnahme? 5. Wo findet die Kinderbetreuung für die Geflüchteten während der Sprachkurse und der Arbeitsaufnahme statt?

LR Lynack dankt seinem Vorredner und antwortet auf seine gestellten Fragen. Er weist nochmals auf die Klammerfunktion (zur Vermeidung von Obdachlosigkeit) des LK hin. Es besteht Einigkeit mit den HVB's der Kommunen, dass der LK diese Funktion übernimmt. Die bisher angemieteten Objekte bleiben angemietet (auch nach Rechtskreiswechsel), damit die Geflüchteten weiter nach Wohnraum schauen können. Die Sprachkurse richten sich nach dem BAMF. Zur Zeit liegt leider eine Wartezeit von 4 – 5 Wochen auf einen Sprachkurs vor. Es wird vom LK alles dafür Notwendige unternommen, um diese Wartezeit zu verkürzen. Allerdings fallen diese Sprachkurse nicht in die Zuständigkeit des Landkreises. Zur Betreuung von Kindern in Kindergärten und Schule erläutert LR Lynack, dass der Landkreis zuständig im Bereich Schule ab dem Bereich Sek. 1 ist. Hier stehen ausreichend Plätze (etwa 1500) in den weiterführenden Schulen zur Verfügung. Bei den KiTa-Plätzen ist der Informationsstand, dass diese Plätze im Moment noch nicht in großer Zahl nachgefragt werden. Sobald die Zahlen in diesem Bereich steigen, wird das BAMF mit ins Boot geholt und eine Betreuung der Kinder in den Tagesstätten organisiert.

KTA Dr. Jacobs spricht das Problem der Kostenübernahme für Wohnraum bei den Geflüchteten an. Was kann schnellstmöglich getan werden, um Wohnraum für die Geflüchteten freizugeben und schnellstmöglich den Geflüchteten eine Kostenübernahme für die Miete zukommen zu lassen? Ist in den dafür zuständigen Ämtern genügend Personal und andere Ressourcen vorhanden, oder wird hierfür mehr benötigt?

LR Lynack beantwortet die Fragen seines Vorredners. Der Landkreis hätte gern mehr Wohnraum zum Anbieten an die Geflüchteten. Es ist eine Herzensangelegenheit des Landkreises, so viele Geflüchtete wie möglich aus den Großunterkünften heraus in eigenen Wohnraum zu bringen. Das Personal in den dafür zuständigen Ämtern arbeitet an der Belastungsgrenze und es wurden zusätzliche Stellen ausgeschrieben. Es soll Personal aus dem Gesundheitsamt (aufgrund der sinkenden Corona-Zahlen) zur Unterstützung herangezogen werden. Ebenfalls laufen Gespräche mit der KWG, ob von dort Unterstützung erfolgen kann.

KTA Domning hat keinen Hauch eines Zweifels, dass die Verwaltung nicht alles tut, was irgendwie möglich ist. In dieser Krise ist die Verwaltung von der Politik zu unterstützen und ihr die nötige Beinfreiheit für Entscheidungen lassen.

- erledigt -

TOP 5.1:

Hilfe für die Menschen der Ukraine -

Antrag der CDU-Fraktion vom 02.05.2022

- Antrag 113/XIX

- mehrheitlich abgelehnt -

TOP 6:

Coronasituation im Landkreis Hildesheim

LR Lynack geht auf die veränderten Situationen seit der letzten Kreistagssitzung zu diesem Thema ein. Die Corona-Zahlen und Kennwerte belaufen sich aktuelle auf die Gesamtfallzahl von 72.01 (+366), die Neuinfektionen in den letzten sieben Tagen auf 2.236. Die sieben-Tage-Inzidenz liegt aktuell bei 811,7 und die Hospitalisierung (Nds.) beträgt 8,2. Die Intensivbettenbelegung (Nds.) liegt bei 3,9 Prozent.

Zum aktuellen Stand der unbearbeiteten Fälle im Gesundheitsamt erläutert LR Lynack, dass tagesaktuell noch 16.555 (Vortag 17.400) Fälle offen sind. Die Zahl der offenen Fälle wird also zügig abgearbeitet.

LR Lynack erläutert zur Impfkampagne, dass das Impftempo weiterhin abnimmt. Seit dem Spitzenwert in KW 1 mit 6.379 Impfungen ist die Nachfrage sehr stark rückläufig. In der zurückliegenden KW 17 wurden nur 419 Impfungen durchgeführt.

Zur Einrichtungsbezogenen Impfpflicht nach § 20a IfSG ist der Stand am 02.05.22 wie folgt. Über das zentrale digitale Meldeportal waren 539 Meldungen eingegangen. Diese Meldungen betreffen überwiegend den fehlenden bzw. unvollständigen Impfschutz.

Die personelle Unterstützung des Gesundheitsamtes erfolgt seit dem 04.04.22 von 12 Auszubildenden des ersten Ausbildungsjahres (ab dem 09.05.22 werden vier dieser Azubis das „Team Ukraine“ unterstützen). Die Aufgabe der Azubis im GA ist die Bearbeitung der aktuellen Rückstände

(Versand Isolierung-/Quarantänebescheide sowie Genesenennachweise; Import der Laborergebnisse in die notwendigen Fachverfahren).

Zur Arbeitssituation in der Kontaktnachverfolgung wurde bereits am 23.03.22 die Entscheidung im SAE getroffen, dass im Fallmanagement und der Kontaktnachverfolgung ab sofort auf vulnerable Personen sowie Personen in Gemeinschaftseinrichtungen reduziert wird. Ebenfalls gibt es seit dem 01.04.22 kein Wochenendarbeit mehr im Gesundheitsamt.

LR Lynack nimmt kurz Stellung zu dem gestellten Antrag und erläutert (wie in der Vergangenheit auch Frau Dr. Hüppe), dass das Ausstellen der Bescheide unverzichtbar für die Betroffenen sei. Sie sind auf die Bescheide zum Nachweis bei ihren Arbeitgebern angewiesen. Auch die Genesenenbescheinigungen sind für die Betroffenen für den Impfstatus unverzichtbar. Eine Übertragung der Ausstellung dieser Bescheinigungen an Apotheken und Ärzte ist nicht zumutbar. Die Apotheken und Ärzte haben im Herbst vergangenen Jahres dafür gesorgt, dass die Impfkampagne wieder angelaufen ist. Diese Zusammenarbeit dürfe nicht über Gebühr beansprucht werden.

KTA Dr. Jansen bestätigt die nach wie vor vorhandene hohe Arbeitsbelastung des Gesundheitsamtes. Fraglich sei aber der Sinn einer Quarantänebescheinigung ca. 6 Wochen nach Feststellung der Infektion. Er begründet den gestellten Antrag und bittet um Zustimmung.

KTA Schröter-Mallohn erläutert, dass über die Thematik der gestellten Anträge im Sozialausschuss sehr intensiv gesprochen worden sei. In der Sitzung des Sozialausschusses kam es zu einem Beitrag der Amtsleitung des Gesundheitsamtes, dahingehend, dass ab dem 07.03.22 schon genau nach den Inhalten dieser Anträge verfahren wird. Aus diesem Grund sind die gestellten Anträge somit überflüssig.

KTA Dr. Jacobs bringt zum Ausdruck, dass er das Verfahren der massenhaften Versendung von Briefen für völlig falsch hält.

LR Lynack stellt nochmals die hervorragende Arbeit seiner Mitarbeiter*innen heraus. Die sinkenden Zahlen der unbearbeiteten Fälle sprächen für sich. Ebenfalls würden nicht alle Briefe per Post in Papierform versendet werden. Das Gegenteil sei der Fall; die Meldungen kommen digital und werden digital beantwortet.

KTA Prior erläutert nochmals Sinn und Zweck der gestellten Anträge aus Sicht seiner Fraktion.

TOP 6.1:

Überwiegende Einstellung der Kontaktnachverfolgung des Gesundheitsamtes des Landkreises Hildesheim

- Antrag der Unabhängigen und der FDP vom 10.04.2022

- Antrag 97/XIX

- zurückgezogen –

TOP 6.2:

Einstellung der Kontaktnachverfolgung des Gesundheitsamtes des Landkreises Hildesheim -

Antrag der CDU-, Die Unabhängigen- und FDP-Fraktion vom 26.04.2022

- Antrag 108/XIX

- mehrheitlich abgelehnt -

TOP 6.3:

Einstellung der pauschalen und massenhaften Versendung von Quarantänebescheiden und Genesenennachweisen -

Antrag der FDP-Fraktion und der Fraktion Die Unabhängigen vom 02.05.2022

- Antrag 111/XIX

- mehrheitlich abgelehnt -

TOP 7:

Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlicher Sitzung des Kreistages

LR Lynack berichtet von den Beschlüssen aus nicht öffentlicher Sitzung des letzten Kreistages.

TOP 8:

Bericht über wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses

LR Lynack berichtet über wichtige Beschlüsse des letzten Kreisausschusses.

TOP 9:

Aufsichtsrat der Volkshochschule Hildesheim gGmbH

- Vorlage 166/XIX

Beschluss:

Anstelle von Frau Kreisamtsrätin Kerstin Zingler soll künftig Herr Kreisrat Walter Hansen dem Aufsichtsrat der Volkshochschule Hildesheim gGmbH angehören.

- einstimmig beschlossen -

TOP 10:

Besetzung der Niedersächsischen Landgesellschaft GmbH

- Vorlage 184/XIX

Beschluss:

Herr Landrat Bernd Lynack wird beauftragt, als Vertreterin des Landkreises Hildesheim anstelle von Herrn Landrat Lynack Frau Erste Kreisrätin Evelin Wißmann in die Gesellschafterversammlung der Niedersächsischen Landgesellschaft mbH zu entsenden.

- einstimmig beschlossen -

TOP 11:

Anwendbarkeit des § 182 NKomVG - Teilnahme an Sitzungen per Videokonferenz

- Vorlage 183/XIX

KTA Koschorrek stellt dar, warum die CDU-Fraktion einen Änderungsantrag stellt.

KTA Lege erklärt, dass die Möglichkeit der Hybrid-Sitzungen schon Alltag ist und allgemein üblich sei. Er kritisiert allerdings, dass die Kosten je Sitzung von ca. 1.700 € zu Buche schlagen. Dies erscheint ihm zu hoch. Er wünscht eine kostengünstigere Lösung.

KTA Schröter-Mallohn erklärt, dass der Gruppe die von der CDU-Fraktion gestellten Anträge noch nicht vorlägen. Er bittet darum die gestellten Anträge zurückzuziehen und für die nächsten drei Monate einen Beschluss zu fassen.

KTA Bosse-Arbogast erläutert auch noch einmal die gestellten Anträge, in denen die Ziffer 3 zu Abs. 2 des § 182 NKomVG beinhaltet ist. Vorgeschlagen von der Verwaltung wäre aber, den gesamten Abs. 2 des § 182 für die nächsten drei Monate einzuführen. Dies ist für die CDU-Fraktion nicht tragbar.

KTA Meyer stimmt den Anträgen der CDU-Fraktion zu.

LR Lynack stellt dar, dass die in der Vorlage eingebrachten Regelungen genau die Regelungen sind, die in der Hochzeit der Pandemie gegolten haben. Der § 182 Abs. 2 ist absichtlich komplett genommen worden, damit u. a. auch die Möglichkeit besteht, ein Umlaufverfahren durchführen zu können.

KTA Stuke weist ebenfalls nochmals auf die Rechte der KTA's hin und möchte vermeiden, dass diese durch die KTA's nicht mehr ausgeübt werden können. Unbestritten sei aber, dass die Möglichkeit der Durchführung von Videokonferenzen unverzichtbar sei. Seine Fraktion würde dem Antrag der CDU zustimmen und gegen die Vorlage der Verwaltung.

KTA Dr.Jacobs erläutert die aus seiner Sicht unabdingbare Verhältnismäßigkeit. Die Rechte des Gremiums Kreistag dürften nicht beschnitten werden. Er stellt ausdrücklich dar, dass die Verwaltung dies mit der Vorlage sicherlich nicht vorsätzlich beabsichtigt habe.

KTA Schröter-Mallohn stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung auf Sitzungsunterbrechung von ca. 10 Minuten, um sich beraten zu können.

KTA Prior trägt vor der Sitzungsunterbrechung noch das Argument der Möglichkeit des Umlaufverfahrens vor. Für das Umlaufverfahren ist eine 4/5 Mehrheit erforderlich. Ohne die CDU-Fraktion gibt es diese Mehrheit im Kreistag nicht. Man könnte auch ordnungsgemäß einladen und die Ladungsfrist beträgt 2 Tage. Im Moment sei es ihm unmöglich sich einen Sachverhalt vorzustellen, der so dringlich sei, dass eine Ladungsfrist von 2 Tagen nicht möglich sei. Es sind in der Vergangenheit schon weitreichende Beschlüsse gefasst worden, sogar so weitreichend, dass Aufgaben der laufenden Verwaltung auf den Landrat übertragen worden seien. Er bittet, dies bei den anstehenden Beratungen zu bedenken, denn sollte die Verwaltungsvorlage nicht die erforderliche Mehrheit erhalten, dann wäre die nächste Kreistagsitzung nur in Präsenz durchführbar.

KTA Schmidt weist auf die Geschäftsordnung dahingehend hin, dass in der Sitzung eingebrachte Anträge bis zur Abstimmung (§ 9 GO) in schriftlicher Form vorliegen müssen. Ihm liege dieser Antrag nicht vor.

LR Lynack stellt richtig, dass nicht die kompletten Zuständigkeiten des Kreisausschusses auf den HVB übertragen worden. Zum Abschluss von Verträgen (Zusammenhang Ukraine Krise) wurde der Beschluss gefasst, dass der Auftragsrahmen auf 500.000 € beschränkt sei.

Sitzungsunterbrechung von 17:39 Uhr bis 17:53 Uhr

LR Lynack schlägt folgenden Kompromissvorschlag vor: Als A-Vorlage zu 183/XIX schlägt er folgenden Beschluss zur Abstimmung vor „Für das Gebiet des Landkreises Hildesheim besteht ein relevantes örtliches Infektionsgeschehen. Für den Zeitraum vom 22.05.2022 bis zum 21.08.2022 wird daher auf Vorschlag des Landrates die Anwendbarkeit der Regelung des § 182 Abs. 2 Nr. 1 und 3 beschlossen“. Dieser Vorschlag beinhaltet auch, dass ein Umlaufverfahren durchgeführt werden kann. Er betont nochmals ausdrücklich wie sehr ihm persönlich daran gelegen sei, immer für alle Gremiumsmitglieder Transparenz in seiner Arbeit wirken zu lassen.

KTA Prior erklärt, dass es sicher zweckmäßig sei, über neue Vorschläge zu sprechen. Mit der Nr. 3 sei die Option geschaffen worden, in allen Ausschüssen und im Kreistag online zu tagen. Die Ladungsfrist ist in allen Fällen 2 Tage. Ein Umlaufbeschluss sei also in ausgesprochen geringen Fällen erforderlich. Daran teilnehmen werden nur diejenigen die auch Beschlussrecht haben. Wer nicht abstimmen kann nimmt auch nicht teil. Daher ist die Meinung der CDU-Fraktion, dass es nicht sehr erquicklich sei, dass das Abstimmungsverhalten der CDU-Fraktion den Ausschlag gäbe und die kleinen Parteien ausgeschlossen seien. Hier stellt sich eindeutig die Frage der Verhältnismäßigkeit. Alles was im Thema Ukraine an den Landrat übertragen wurde sei ein so weites Feld, dass ihm nicht klar sei, was da noch an Themen fehlen könnte. Er bittet nochmals um Zustimmung zum von seiner Fraktion gestellten Antrag.

KTA Dr. Jacobs stimmt seinem Vorredner zu und ist Erstaunt darüber, dass dieser sich für die kleinen Parteien einsetzt. Der Kompromissvorschlag vom Landrat sei abzulehnen, damit auch die kleinen Parteien bei zu fassenden Beschlüssen mitreden können. Seine Fraktion stimmt dem Antrag der CDU zu.

KTA Schröter-Mallohn erläutert nochmals kurz den Kompromissvorschlag der Verwaltung und stimmt diesem zu. Er appelliert nochmals an die CDU-Fraktion dem Vorschlag der Verwaltung zuzustimmen um nicht Gefahr zu laufen, keine Hybrid-Sitzungen mehr abhalten zu können.

KTA Renner-Köhne erklärt, dass der von der CDU eingebrachte Antrag doch nicht so weit von dem Vorschlag der Verwaltung entfernt sei. Es wollen doch alle ausnahmslos, dass die Hybrid-Sitzungen

weiterhin abgehalten werden können. Sie findet es eigenartig, dass man den Antrag der CDU-Fraktion nicht unterstützen wolle, offensichtlich um der CDU-Fraktion keinen „Abstimmungssieg“ zu gönnen.

KTA Prior stellt einen Antrag der Geschäftsordnung. Es soll als erstes über den geänderten Vorschlag der Verwaltung abgestimmt werden. Dann erst soll über den Antrag der CDU-Fraktion abgestimmt werden.

- wegen fehlender 2/3 Mehrheit nicht beschlossen -

TOP 11.1:

Änderungsantrag zu TOP 11 (Vorlage 183/XIX) der heutigen Sitzung des Kreistages-

Antrag der CDU-Fraktion vom 05.05.2022

- Antrag 116/XIX

Beschluss:

Dem Beschlussvorschlag wird mit der Maßgabe zugestimmt, dass nach der Angabe „Absatz 2“ die Angabe „Nr. 3“ eingefügt wird.

- mit 2/3 Mehrheit beschlossen -

TOP 12:

Antrag zum § 2 der Satzung über die Entschädigung der Kreistagsabgeordneten und weiterer Ausschussmitglieder des Landkreises Hildesheim -

Antrag der Gruppe vom 17.02.22

- Antrag 49/XIX

- vertagt -

TOP 13:

Fraktionszuwendungen

- vertagt -

TOP 13.1:

Zuwendungen an die Fraktionen nach § 57 Abs. 3 NKomVG

- Antrag der CDU-Fraktion vom 13.01.2022
- Antrag 30/XIX

- erledigt -

TOP 13.2:

Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen an die Fraktionen des Kreistages des Landkreises Hildesheim

- Vorlage 100/XIX

- vertagt -

TOP 13.3:

Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen an die Fraktionen des Kreistages des Landkreises Hildesheim (zuletzt geändert durch Beschluss des Kreistages vom 09.12.2021); Bezug: Unser Antrag vom 12.01.2022

- Antrag der CDU-Fraktion vom 16.02.2022
- Antrag 48/XIX

- erledigt -

TOP 13.4:

Richtlinie über die Gewährungen von Zuwendungen an die Fraktionen des Kreistages des Landkreises Hildesheim

- Antrag der CDU-Fraktion vom 14.04.2022
- Antrag 98/XIX

- erledigt –

TOP 13.5:

Richtlinie über die Zuwendungen an die Fraktionen

- Antrag der CDU-Fraktion vom 22.04.2022

- Antrag 104/XIX

- vertagt -

TOP 14:

Regionales Entwicklungskonzept: Jahresbericht 2021

- Vorlage 176/XIX

KTA Machzens erläutert den Inhalt des Jahresberichtes aus seiner Sicht. Er stellt verschiedene Fragen nach Projekten. U. a. auch nach Beginn und Beendigung einiger Projekte. Er wird seine Fragen schriftlich einreichen, damit die Verwaltung sachgerecht und zeitnah antworten kann.

KTA Stuke spricht das Wohnraumversorgungsprogramm an und bittet um eine Sachstandsmitteilung. Auch diese Frage wird schriftlich an die Verwaltung zur Beantwortung eingereicht.

KTA Domning der Wortbeitrag ist nicht zu verstehen und kann nicht protokolliert werden. Es wird vereinbart, dass die Fragen schriftlich eingereicht werden.

- Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen. -

TOP 15:

Teilnahme des Landkreises am Papieratlas

- Antrag der Gruppe vom 30.03.2022

- Antrag 91/XIX

- zurückgezogen -

TOP 16:

Antrags- und Beschlusscontrolling 3. Bericht aus der WP XVIII -öffentl. Teil-

- Vorlage 165/XIX

- Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen. -

TOP 17:

Pflegekonferenzen des Landkreises Hildesheim

- Vorlage 120/XIX

KTA Schröter-Mallohn erläutert den Inhalt des von der Gruppe eingebrachten Antrages. Er bittet um Zustimmung zum Antrag.

KTA Stuke wünscht eine gerechte Aufteilung der Stimmen in allen Gremien, so wie der Stimmenanteil bei der Wahl erzielt wurde. Durch die Rechtsänderung im Landtag sei dies nicht mehr gegeben. Die kleinen Parteien haben in den Ausschüssen nur noch beratende Stimmen. Seine Fraktion wird bei der Abstimmung mit nein stimmen.

KTA Dr. Jacobs schließt sich seinem Vorredner an. Er sieht diese Sitzverteilung nicht ein. Dieses Verhalten sei demokratische Diskriminierung, verfassungswidrig und gehöre abgeschafft.

KTA Brinkmann erklärt den Sinn und Zweck der Pflegekonferenz. Jeder KTA kann an dieser Konferenz teilnehmen und sich dort auch zu Wort melden.

KTA Prior erläutert, dass es sich bei der Pflegekonferenz nicht um einen Ausschuss oder Gremium handelt. Es handelt sich um eine Organisationseinheit in der sich die Verwaltung trifft. Beschlüsse werden dort nicht gefasst. Die vom Vorredner vorgeschlagene Verfahrensweise sei so zu akzeptieren.

KTA Lege fragt nach, wenn keine Beschlüsse gefasst werden, wozu dann die Unterscheidung in stimmberechtigte und beratende Mitglieder? In den anderen Beiräten werde es ja schließlich auch so gehandhabt, dass aus jeder Partei des Kreistages ein Vertreter mit im Beirat sitzt (z.B. Jobcenter). Er empfindet dies Verhalten für sehr irritierend.

KTA Sturm erklärt nochmals den Sinn und Zweck der Pflegekonferenz. Er bittet darum, dieses Thema nicht so hoch zu hängen aber den Wunsch der kleinen Parteien zu verstehen, miteinbezogen zu werden.

Dez. Knollmann erläutert ausführlich den Sinn und Zweck der Pflegekonferenz, die ein im Pflegegesetz ein verpflichtender Arbeitskreis ist. Sie ist zwei Mal im Jahr abzuhalten und alle Vertreter u. a. aus den stationären- und ambulanten Bereichen, von Wohlfahrtsverbänden, Vertretern von Kliniken teilnehmen. Der Landkreis hat eine verpflichtende Pflegeplanung durchzuführen. Die Geschäftsordnung wurde am Beispiel von anderen Landkreisen erarbeitet. Hierbei handelt es sich um eine Arbeitsrunde. Es werden keine Einladungen verschickt. Es wird auch in Zukunft eine umfassende Information des Kreisausschusses und des Kreistages geben.

- Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen. –

TOP 17.1:

Örtliche Pflegekonferenz im Landkreis Hildesheim: Erhöhung der Sitze der Politik -

Antrag der Gruppe vom 29.04.2022

- Antrag 110/XIX

Beschluss:

Die Geschäftsordnung des Gremiums zur örtlichen Pflegekonferenz wird dahingehend geändert, dass zukünftig jede stimmberechtigte im Fachausschuss vertretende Partei einen Sitz erhält.

Zu den bisher bekannten Kreistagsabgeordneten sind somit zwei weitere zzgl. Entsprechender Vertreter*innen zu benennen.

Die nicht stimmberechtigten Fraktionen im Sozialausschuss können jeweils mit beratender Stimme an den Pflegekonferenzen teilnehmen.

- mehrheitlich beschlossen -

TOP 18:

Volkshochschule Hildesheim Schulungsräume Sarstedt -

Antrag der CDU-Fraktion vom 21.02.2022

- Antrag 51/XIX

KTA Prior erläutert den von der CDU-Fraktion eingebrachten Antrag und begründet diesen. Es ist in diesem Gremium einstimmig beschlossen worden, dass die Holding beauftragt wird, die Finanzierung der VHS zu übernehmen. Dies ist an die Bedingung geknüpft, dass die Holding alle anteiligen Kosten übernimmt, die im Wirtschaftsplan der VHS abgebildet sind. Unter der Bedingung, dass zumindest das, was jetzt an Leistungen angeboten wird und an den Standorten erhalten bleibt. Einer dieser Standorte ist in Sarstedt. Es sei gegen eine Modifizierung oder Sanierung der Räumlichkeiten nichts einzuwenden. Aber darüber muss hier in diesem Gremium abgestimmt werden. Nur die Mitteilung der Einschränkung von Leistungen kann so nicht hingenommen werden. Dies ist auch keine Frage des Hausrechtes, der Direktorin oder sonst irgendjemanden. Hier gilt es einen Vertrag zu erfüllen. Die Verwaltung hat dafür zu sorgen, dass der geschlossene Vertrag eingehalten und ausgeführt wird.

Dez. Hansen die Verwaltung stellt den Beschluss des Kreistages in keiner Weise in Frage. Jedoch muss die Verwaltung darauf hinweisen, dass in der Umsetzung beachtet werden muss, dass die VHS eine eigenständige Rechtsperson (gGmbH) ist. Die rechtlichen Voraussetzungen sind hier klar zu berücksichtigen. Zum einen geht es darum, dass die VHS in Sarstedt Räume des Landkreises (Schulräume) nutzt, die aus dem Schulbudget finanziert werden. Der Landkreis kann einer gGmbH nur Räume zuweisen, wenn eine mietvertragliche Regelung hierfür zu Grunde liegt. Diesen gilt es schriftlich zu fixieren und mit Zahlungsströmen zu hinterlegen. Eine Einschränkung des Leistungsniveaus hat damit nichts zu tun. Hier sind klare Rechtsverhältnisse zu schaffen, um dieses Haushaltsrechtlich-, Steuerrechtlich und auch Bilanz- und Abrechnungsrechtlich bei der VHS klar zu

stellen. Dies betrifft ausschließlich die von der VHS genutzten Räume. Weiter geht es um die Mitnutzung von Schulräumen, die von der dortigen Schule und Förderschule genutzt werden. Hierfür gibt es eine weitere Richtlinie, die dieses Haus beschlossen hat. Nämlich wie solche Räume bereitgestellt werden. Die Schule wünscht hier nicht, dass diese Räume von der VHS mit benutzt werden. Die Verwaltung beabsichtigt nicht, in die Dispositionsrechte der Schule einzugreifen. Er sieht hierfür auch keine zwingende Notwendigkeit. An dieser Stelle respektiert die Verwaltung die Interessen der Schule.

- mehrheitlich abgelehnt -

TOP 19:

Bildungsregion Hildesheim

- Antrag 81/XIX

KTA Friedemann erläutert kurz den Inhalt und den Gremienlauf des Antrages und bittet um Zustimmung.

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten darauf hinzuwirken, dass die Leitung des Bildungsbüros mit der Prüfung eines trilateralen Kooperationsvertrages über die Einrichtung bzw. Weiterentwicklung der „Bildungsregion Landkreis Hildesheim“ zwischen dem Land Niedersachsen, vertreten durch das Niedersächsische Kultusministerium, dem Landkreis Hildesheim und der Volkshochschule Hildesheim gGmbH beauftragt wird.

Dabei ist auch die Einrichtung eines Gremiums zu prüfen, dass die Kommunikation der Zusammenarbeit zwischen Land und Kommune koordiniert und die strategische Ausrichtung einvernehmlich abstimmt. Dies könnte z.B. durch die Einrichtung eines Bildungsrates unter Einbindung der Schulträger erfolgen.

Das Bildungsbüro berichtet über relevante Entwicklungen und Ziele im zuständigen Fachausschuss, mind. jedoch in der letzten Sitzung vor den Sommerferien 2022.

Ziel soll der Abschluss des eingangs genannten Kooperationsvertrages innerhalb des I. Halbjahres 2022 sein.

Fördermittel sind entsprechend zu generieren.

- einstimmig beschlossen –

TOP 20:

Planung berufsbildende Schulen; Walter-Gropius-Schule, Herman-Nohl-Schule und Werner-von-Siemens-Schule -

Antrag der CDU-Fraktion

- Antrag 45/XIX

KTA Schiedeck bringt sein Unbehagen über die Richtung der Entwicklung von den drei berufsbildenden Schulen in Hildesheim zum Ausdruck. Sein Unbehagen rührt daher, dass der seit Jahren bekannte Bedarf der Sanierung an diesen Schulen bekannt sei. Auch das Anstreben von Neubauten sei nicht ausgeschlossen. Es kämen aus den Schulen auch Vorschläge und die Bereitschaft sich bei Planungen mit einzubringen. Leider ist die Kommunikation zwischen allen Beteiligten ins Stocken geraten. Sachstand sei der, dass die Kommunikation zwischen LK als Schulträger und der Stadt Hildesheim als Standort für diese Schulen offensichtlich nicht voran geht. Der Wunsch seiner Fraktion wäre der, dass auf Ebene der Spitzen von LK und Stadt konkrete Gespräche stattfinden. Zunächst, vor allen weiteren Planungen, stellt sich ja die Frage nach einem geeigneten Grundstück für den Neubau von einer, zwei oder gar drei Schulen. Er erläutert den von der CDU-Fraktion eingebrachten Antrag.

Dez. Hansen ist überrascht über die Form der Fragestellung. In den Ausschüssen wurde schon sehr umfangreich darüber diskutiert, in welcher Form, welchem Umfang und welchen Standorten die beruflichen Schulen erstellt werden sollen. Die Beschlusslage sagt „auf den verfügbaren Grundstücken“ aus. Verfügbar sind die Grundstücke, die der LK schon hat. Es wurde auch betrachtet, welche Finanzmittel mittelfristig zur Verfügung stehen und ob ein gemeinsamer Berufsschulcampus finanziert werden kann. Kurzfristig ist ein Neubau eines Berufsschulzentrums, dass mit Sicherheit über 100 Mio. € kosten wird, nicht zu finanzieren. Soweit ist die Diskussion der „Phase 0“, auch mit den Vertreter*innen der Schulen, zur Sanierung und funktionalen Umgestaltung an den bestehenden Standorten. Das ist mit allen Beteiligten abgestimmt und Konsens.

KTA Domning lobt die Leistung der Berufsbildenden Schulen im LK Hildesheim, besonders unter den baulichen Zuständen. Diese Schulen bedürfen der Unterstützung und diese sollen sie auch bekommen.

KTA Bettels erklärt, dass dieses Gremium dafür zuständig sei, dass die Schüler*innen in vernünftigen Räumen unterkommen. Er schämt sich, nach dem Besuch einer solchen Berufsschule, dafür, was den Schüler*innen dort an Räumlichkeiten geboten wird. Auch sind ihm Äußerungen aus dem Lehrkörper dahingehend bekannt, dass der Schulbetrieb fast nicht mehr aufrecht zu erhalten sei. Ein Umbau im laufenden Betrieb sei fast unmöglich. Es muss absehbar eine Perspektive für die Schulen geschaffen werden. Er bittet ebenfalls um Zustimmung für den Antrag.

KTA Friedemann zeigt sich erstaunt darüber, dass hier solche Anfragen vorgelegt werden. Diese seien in den Fachausschüssen zu Genüge diskutiert worden. Der Prozess der „Phase 0“ und die sich daraus ergebenden Ergebnisse müssen abgewartet werden. Sie bittet an diesem Punkt um ein wenig mehr Ruhe und Gelassenheit.

KTA Schröter-Mallohn stellt fest, dass im gestellten Antrag der CDU-Fraktion keine neuen Fragestellungen enthalten sind, sondern nur Dinge, die schon in den Ausschüssen beraten worden sind. Es sei ja zum jetzigen Zeitpunkt schon deutlich gemacht worden, dass in den Bestand saniert wird. Somit ist hier eine Richtung vorgegeben.

KTA Prior stellt dar, dass schon zu Beginn der letzten Wahlperiode ein akuter Sanierungsbedarf in den Schulen bestand. Dies ist jetzt 5 Jahre her. In diesen 5 Jahren habe sich nicht wirklich etwas bewegt. Was haben uns die ganzen Planungen bisher gebracht? Jetzt kommt nach und nach heraus,

dass für einen Neubau gar kein Grundstück zur Verfügung steht. Es wurde also jahrelang geplant und es wird auch weiter geplant, ohne ein Grundstück für diesen geplanten Neubau zu haben. Jetzt soll aber saniert werden und dafür wird jetzt geplant. Für diese Sanierung ist aber noch kein Beschluss in irgendeinem Ausschuss oder im Kreistag getroffen worden. Wenn die Verwaltung mitteilt, dass aufgrund fehlender Mittel, kein Neubau sondern eine Sanierung stattfinden soll, dann ist das eine grundlegende Entscheidung die der Kreistag treffen muss.

- erledigt –

TOP 21:

Fortführung des Projektes Pro-Aktiv-Center (PACe) Hildesheim über den 30.06.2022 hinaus

- Vorlage 92/XIX

Beschluss:

1. Das Projekt Pro-Aktiv-Center (PACe) Hildesheim wird vom 01.07.2022 bis 31.12.2023 fortgeführt. Dabei wird eine Förderung aus Landesmitteln und ESF-Mitteln durch die NBank vorausgesetzt (2022 = 308.300,00 € und 2023 = 256.500,00 €). Die eigenen Aufwendungen und damit die erforderlichen eigenen Haushaltsmittel betragen 2022 = 180.833,83 € und 2023 = 257.986,91 €.
2. Das Projekt JobKlub wird in der Zeit vom 01.07.2022 bis 31.12.2023 fortgeführt. Dabei wird eine Förderung durch das Jobcenter Hildesheim vorausgesetzt (2022 = 163.741,77 € und 2023 = 174.736,37 €). Die eigenen Aufwendungen und damit die erforderlichen eigenen Haushaltsmittel betragen 2022 = 70.174,13 € und 2023 = 74.887,01 €.

- einstimmig beschlossen -

TOP 22:

ÖPNV und Schülerbeförderung, Vergünstigte Beförderung von Schülerinnen und Schülern und Auszubildenden für 25 € im Monat-

Antrag der CDU-Fraktion vom 08.03.2022

- Antrag 74/XIX

KTA Machtens fasst nochmals kurz den bisherigen Verlauf aller Beratungen zusammen und fordert den Landrat auf, bis zur nächsten Kreistagssitzung am 23.06.2022 eine endgültige Vorlage zu diesem Thema dem Gremium vorzulegen. Zur Zeit seien drei verschiedene Modelle denkbar. Ziel jedes dieser Modelle sei, dass alle Schüler*innen und Auszubildende der Sekundarstufe II nicht mehr als 25 € pro Monat für ihr Ticket zahlen sollen. Dies müsste dann in § 8 der Satzung zur Schülerbeförderung vom 15.07.2021 dahingehend geändert werden. Diese Regelung ist als Übergangsregelung beschlossen worden. Bislang sei aber unklar, wann der Landkreis das Schüler*innen- bzw. Auszubildendenticket gemäß § 7 des Nds. Verkehrsgesetz angeboten werden. Aus diesem Grund wurde am 24.03.22 im Kreistag eine Förderung beschlossen die zeitnah umgesetzt werden sollte. Auch das Angebot des 9 € Ticket muss hier berücksichtigt werden. Dies gilt für 90 Tage.

Dez. Hansen erläutert, dass in der letzten Sitzung des Schulausschusses die verschiedenen Optionen erörtert wurden. Die Verwaltung hat in dem Zuge angekündigt, dass zur nächsten Kreistagssitzung am 23.06.2022 ein Entwurf der geänderten Schülerbeförderungssatzung vorliegen werde. Die Verwaltung hatte den Kreistagsbeschluss so verstanden, dass in dem Bereich der Schüler*innenbeförderung der Weg zwischen Wohnort und Schule geregelt werden soll. Hier sollen alle Beträge erstattet werden, die hier 25 € übersteigen. Die Umstellung dieses Systems bedarf einer vorbereitenden Kommunikation und auch einer gewissen Vorlaufzeit. Er hält den Schuljahreswechsel für den richtigen Zeitpunkt, da sich zu diesem Zeitpunkt bei vielen Schüler*innen die Bedarfe ändern. Ebenfalls muss die Verwaltung auch die Vorkehrungen treffen, um dann die Erstattungsanträge bewältigen zu können. Es soll unbedingt verhindert werden, dass die Verwaltung bei der Rückerstattung der Kosten in einen Verzug von 3 – 4 Monaten kommt.

KTA Domning kritisiert, dass die Schüler*innen und Auszubildenden nicht in jedem Fall zu ihren Schulen und Ausbildungsstellen kostenlos fahren können. Dies stelle eine Benachteiligung der ärmeren Bevölkerungsschichten dar. Insoweit ist die Satzungsänderung an dieser Stelle zu begrüßen. Er gibt aber auch zu bedenken, ob die Verwaltung diese neue Aufgabe mit der vorhandenen Personaldecke bewältigen kann. Er bemängelt die Vielzahl der Anträge aus der CDU-Fraktion und deren Unübersichtlichkeit. Seine Fraktion schließt sich der Verwaltung an und lehnt die Anträge der CDU ab.

KTA Bettels begründet nochmals die Anträge der CDU-Fraktion. Es ist nicht schwierig 7.000 Kindern ab Klasse 5 – Klasse 10 ihre Fahrkarten auszugeben; da kann es ja von Klasse 11- Klasse 13 nicht schwieriger sein. Er mahnt zu zügigem Handeln.

KTA Prior erläutert nochmals das bisher bestehende System der Schüler*innen und Auszubildenden. Er stellt nochmals das für die Kunden umständliche System der Erstattungen dar.

KTA Brinkmann bittet um eine Sitzungsunterbrechung von 5 Minuten.

Sitzungspause 19.40 – 19.45

KTA Schröter-Mallohn führt aus, dass diese ganze Umstellung auf das 25-€-Ticket leider nicht ganz so einfach und schnell zu tätigen sei. Er stimmt den Ausführungen des Dez. Hansen in allen Punkten zu. Zum 01.07.22 ist mit dem entsprechenden Verfahren zum 25-€-Ticket zu rechnen. Die Frage nach der Gestaltung der Einzelheiten wird ebenfalls von der Verwaltung beantwortet. Der Beschluss zur Umsetzung erfolgt in der Kreistagssitzung am 23.06.2022.

EKR Wißmann erläutert die bisherige zeitliche Entwicklung und die dazugehörigen Schritte dieses Verfahrens. Die Planung des 25-€-Tickets als Produkt sei weiter in der Planung. Dieses Tarif-Produkt kann eben nicht einfach so durch einen Beschluss eingeführt werden, sondern muss bei der Landesnahgesellschaft genehmigt werden. Ebenfalls muss ein rechtssicherer Weg gefunden werden, wie Geld in diese Gesellschaft gegeben werden kann. Im Ausschuss 4 wurde dieses Thema von Seite der Verwaltung offen dargelegt und grundlegend diskutiert. Das Erstattungssystem würde dann längstens noch ein Jahr erhalten bleiben und mit der Satzungsänderung, die die Verwaltung vorgeschlagen habe, vernünftig umsetzbar sein.

KTA Prior fordert im Sinne der Kunden endlich um Entscheidungen, da dieses Thema nach seiner Meinung schon viel zu lang behandelt werde.

-erledigt -

TOP 22.1:

ÖPNV und Schülerbeförderung, Vergünstigte Beförderung von Schülerinnen und Schülern und Auszubildenden für 25 € im Monat -

Antrag der CDU-Fraktion von 11.03.2022

- Antrag 76/XIX

- erledigt -

TOP 22.2:

ÖPNV und Schülerbeförderung, Vergünstigte Beförderung von Schüler*innen und Auszubildenden für 25 € im Monat, Satzung über die Schülerbeförderung im Landkreis Hildesheim, 9-Euro-Ticket -

Antrag der CDU-Fraktion vom 05.04.2022

- Antrag 94/XIX

- erledigt -

TOP 22.3:

ÖPNV und Schülerbeförderung, Vergünstigte Beförderung von Schüler*innen und Auszubildenden für 25 € im Monat, Satzung über die Schülerbeförderung im Landkreis Hildesheim, 9-Euro-Ticket -

Antrag der CDU-Fraktion vom 05.05.2022

- Antrag 114/XIX

- mehrheitlich abgelehnt -

TOP 23:

Vergünstigte Beförderung von Schülerinnen und Schülern und Auszubildenden -

Antrag der CDU-Fraktion vom 24.02.2022

- Antrag 54/XIX

- zurückgezogen -

TOP 24:

Energiemonitoring

- Antrag der Gruppe vom 08.04.2022

- Antrag 96/XIX

KTA Homeister stellt den Antrag der Gruppe in Inhalt und Zweck vor und bittet um Zustimmung.

KTA Esse stellt dar, dass der Verwaltung zum Inhalt des Antrages der Gruppe zu wenige Informationen zu alternativen- und regenerativen Energiegewinnungsverfahren im Gebiet des Landkreises vorliegen. Seine Fraktion wird sich daher bei der Abstimmung enthalten.

- einstimmig beschlossen -

TOP 25:

30 km/h-Zonen vor Schulen, Kitas, Pflegeheimen und Krankenhäusern -

Antrag der FDP und Die Unabhängigen vom 04.04.2022

- Antrag 93/XIX

KTA Dr. Jacobs bemängelt die schleppende Umsetzung der seit dem 29.05.2017 geltenden Verwaltungsvorschrift zur Straßenverkehrsordnung. Daher fordert er, dass endlich geltendes Recht umgesetzt wird.

EKR Wißmann gibt zu diesem Thema zwei Informationen. Zum einen hat die Verwaltung zum Fachausschuss eine Informationsvorlage erstellt, in der nochmals der gesamte rechtliche Kontext aufgearbeitet wurde, auch zur individuellen Sachverhaltsprüfung. Die zweite Information betrifft die Beantwortung der diesbezüglich gestellten Anfrage. In dieser Beantwortung ist enthalten, dass die Verwaltung alle bekannten sensiblen Einrichtungen nochmals einer Prüfung diesbezüglich unterzieht.

KTA Stuke begrüßt, dass endlich Bewegung in dieses Thema kommt. Der Kreistag soll unmissverständlich zum Ausdruck bringen, welche Erwartungen er zu diesem Thema hat. Er bittet um Zustimmung zum gestellten Antrag.

KTA Renner-Köhne legt dar, dass es für dieses Thema einen Fachausschuss für Verkehrssicherheit gibt. Ebenfalls gibt es zu diesem Thema einen gemeinsamen Kreistagsbeschluss; Thema „Vision Zero“. In diesem für den LK zu erstellenden Gesamtkonzept ist auch das Thema „Tempo 30“ ein wichtiger Bestandteil. Jede Einrichtung einer Tempo-30-Zone ist eine Einzelfallentscheidung und vom Gesetzgeber als Einzelfallprüfung vorgeschrieben. Einigkeit besteht Parteiübergreifend ja darüber, dass hier mehr getan wird. Trotzdem wird die CDU-Fraktion den gestellten Antrag ablehnen.

KTA Schröter-Mallohn erläutert, dass in diesem Fall die Mehrheitsgruppe mit der CDU-Fraktion einer Meinung ist. Die Verwaltung arbeitet an diesem Thema und trifft regelmäßig Einzelfallentscheidungen, so wie das Gesetz dies vorschreibt. Mehr ist hierzu an dieser Stelle nicht zu erwarten und zu sagen.

- mehrheitlich abgelehnt –

TOP 26:

Umwidmung bewilligter Mittel für das Bildungsbüro

- Vorlage 187/XIX

- zurückgezogen –

TOP 27:

Zweckverband Abfallwirtschaft Hildesheim;

Verbandsversammlung

- Vorlage 189/XIX

Beschluss:

Anstelle von Kreisrat Walter Hansen wird Frau Erste Kreisrätin Evelin Wißmann als Mitglied im Verbandsausschuss des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Hildesheim benannt.

- einstimmig beschlossen -

TOP 28:

Verpflichtung von nachrückenden Ersatzpersonen gem. § 60 NKomVG

- Vorlage 190/XIX

- Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen. -

TOP 29:

Mitteilungen der Verwaltung

Keine Mitteilungen von der Verwaltung

TOP 30:

Anfragen

KTA Sturm erklärt, dass am 01.05.22 die Bundesministerin Fraeser eine Bedrohungssituation für unser Land festgestellt. Die Bürger sollten sich mit Nahrungsmitteln für die nächsten 10 Tage bevorraten. Er fragt nach, wie Sozialhilfeempfänger dies bewerkstelligen sollen. Wie hat sich der Landkreis Hildesheim auf diese Notfallsituation vorbereitet? Was wird der Landkreis Hildesheim tun, wenn diese „Situation X eintritt“? Wer ist für die Lebensmittelvorräte verantwortlich? Und wie wird die Verteilung der Lebensmittel im Landkreis erfolgen?

Die Anfrage wird von der Verwaltung zeitnah schriftlich beantwortet.

KTA Bettels fragt nach, ob die kreiseigene Tiefgarage nicht an Wochenenden und nach Verwaltungsschluss an die Öffentlichkeit zum Parken freigegeben werden kann. Ebenfalls fragt er nach, warum online keine Termine zum Ummelden eines Autos beim Straßenverkehrsamt buchbar sind.

Zur Frage nach der Tiefgarage ist die Beantwortung vom 08.03.22 als Anlage dem Protokoll beigelegt. Diese Frage wurde von KTA Bettels schon einmal im Kreistag am 28.02.22 gestellt.

EKR Wißmann ist sehr erstaunt über die gestellte Frage bezüglich des Straßenverkehrsamtes. Ihr sei nicht bekannt, dass es nicht möglich sei, Termine dort online zu buchen. Sie wird dem zeitnah nachgehen und es wird eine umfassende schriftliche Antwort geben.

KTA Stuke spricht die Absage der „gelben Tonne“ an. Er stellt die Anfrage, ob bei dieser Entscheidung die Gremien des ZAH beteiligt worden sind und mit welcher Akzeptanz die Bürger*innen auf die Einführung der gelben Tonne reagiert haben. In welchem Umfang gab es einen Bedarf bei den Bürger*innen und für welche Tonnen?

LR Lynack erläutert, dass für diese Anfrage der ZAH zuständig sei und diese Anfrage dorthin weitergeleitet werde. Der Zweckverbandsausschuss wurde selbstverständlich beteiligt und die Antwort auf die Anfrage wird die Verwaltung an KTA Stuke weiterleiten.

KTA Brinkmann schließt den öffentlichen Teil der Sitzung und bittet Nichtöffentlichkeit herzustellen.

Brinkmann
Vorsitzender

Lynack
Landrat

Schußmann
Protokollführerin